

az ONLINE



Bahnpassagiere werden neu per Lautsprecherdurchsage gebeten, sich auf dem Perron zu verteilen und rasch ins Innere des Zuges zu steigen. Braucht es diese «Belehrung» der Kunden wirklich?

Sagen Sie uns Ihre Meinung oder stimmen Sie ab auf

- www.aargauerzeitung.ch
- www.basellandschaftliche.ch
- www.bzbasel.ch
- www.grenchnerzeitung.ch
- www.langenthalerzeitung.ch
- www.limmattalerzeitung.ch
- www.solothurnerzeitung.ch

VIDEO DES TAGES



Peach Weber selbst nennt es eine «Furzidee». Seine Parodie des Chart-Hits «Ai Se Eu Te Pego» ist dennoch hörenswert.

Presseschau

Le nouvel Observateur

Frankreich Der Wahlkampf habe fremdenfeindliche Untertöne, so «Le Nouvel Observateur», was den Mörder von Toulouse enthemmt haben könnte: «Er hat es auf Franzosen jüdischer, maghrebinischer und antillischer Herkunft abgesehen. Er hat die unterschwellige Botschaft des Wahlkampfes bis ins Extrem gesteigert.»

WIENER ZEITUNG

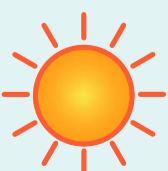
Frankreich Für die «Wiener Zeitung» zeigen die Anschläge deutlich, wo die Versäumnisse von Sarkozy liegen: «Die Mordserie hat offengelegt, wo die «Grande Nation» so grossartig nicht ist: Antisemitismus und Rassismus. Sarkozy hat bisher nichts getan, um Frankreich von diesen Geschwüren zu befreien.»

The Daily Telegraph

Frankreich «Es wird schwer sein, den Eindruck zu ändern, den viele von Sarkozy haben. Dass er die Spannungen noch verstärkt hat mit einer Debatte über die Ausweisung der Roma und einer Rede, in der er Immigration und Verbrechen in einen Zusammenhang brachte.»

Das Wetter heute

1° 18°



Baumanns Seitenblick zu den Fans der Hockeymannschaft Toronto Maple Leafs



TORONTO, 20. MÄRZ 2012 Fans der Toronto Maple Leafs trinken Bier mit Tüten auf dem Kopf.

AP/KEYSTONE

NA DANN, PROST!

■ Weil es in den USA, dem vermeintlichen Land der Freiheit, verboten ist, Alkohol in der Öffentlichkeit zu konsumieren, und es sogar untersagt ist, alkoholische Produkte öffentlich sichtbar zu machen, schleppen die Menschen dort ihren Wein, ihr Bier und ihren Schnaps ständig in braunen Tüten durch die Gegend.

In Kanada, dem «spießigen Nachbarn» der USA, wie Homer (Simpson, nicht der Dichter) das Land einst nannte, stülpt man sich die Säcke hingegen über den Kopf, wenn man trinkt. Besonders praktisch ist wohl keine der beiden Varianten. Aber Spass beiseite: Vermutlich ist es den beiden Fans der Toronto Maple Leafs einfach nur peinlich, sich offen zu ihrer Mannschaft zu bekennen. Die Toronto Maple Leafs haben ihr letztes Spiel gegen die New York Islanders nämlich mit 2:5 verloren.

oliver.baumann@azmedien.ch

Gastbeitrag zur aktuellen schweizerischen Aussenpolitik

Wider die Realitätsverweigerung



VON RENÉ RHINOW*

■ **DIE GEGENWÄRTIGE WAHRNEHMUNG** der schweizerischen Aussenpolitik in der Öffentlichkeit wird von eigentümlichen Vorstellungen (mit-)geprägt. Sie lassen

sich zugespitzt mit den Stichworten Realitätsverweigerung, Verteidigungsmentalität und Diskussionsverweigerung umschreiben.

ES STELLT EINE BINSENWAHRHEIT dar, dass unser Land auf dieser Welt keine autonome Insel der Glückseligen ist, sondern zunehmend von internationalen Entwicklungen betroffen und abhängig ist. Es gibt praktisch keine reine Innenpolitik mehr; die Schweiz kann die Sicherheit «von Land und Volk» schon lange nicht mehr allein gewährleisten, und wir sind zur Durchsetzung unserer eigenen Interessen stark darauf angewiesen, dass Partner im Ausland unsere Interessen teilen oder Verständnis für unsere abweichenden Regelungen aufbringen. Viele auch uns berührende Ordnungen werden auf globaler oder regionaler Ebene diskutiert oder geregelt. Starke Nationen oder Staatengruppen beanspru-

Die Schweiz kann die Sicherheit des Landes schon lange nicht mehr allein gewährleisten.

chen eine Geltung ihrer Rechtsordnung auch für ihre Staatsangehörigen im Ausland – was zwar beklagt, aber nicht im Alleingang verhindert werden kann.

DOCH HIERZULANDE geistern Illusionen einer souveränen Schweiz durch das Land. Die Unabhängigkeitsrhetorik scheint umso mehr in den Vordergrund zu treten, als die

reale Abhängigkeit zunimmt. Die Realitätsverweigerung findet ihren Ausdruck etwa in Klagen, der Bundesrat lasse sich erpressen und es fehle ihm an Selbstbewusstsein.

INTERESSANT ERSCHEINT, dass diese Haltung an den geschichtsträchtigen Mythos einer sich selbst und allein verteidigenden Schweiz anknüpfen kann, die sich gegen ein widerwärtiges Umfeld «behaupten» muss. Die Verteidigungsmentalität findet ihren Ausdruck in Formulierungen wie: «Wir müssen standhaft sein, nicht einknicken, den Mut haben, auf unseren Positionen zu beharren.» Mourir en beauté? Aussenpolitik wird so zur Verteidigungspolitik. Damit verbunden ist die Kategorisierung anderer Staaten mit ihren Interessen als Bösewichte, über die man sich trefflich entrüsten kann.

SCHLIESSLICH HERRSCHT in wichtigen Fragen eine von rechtsnationaler Seite alimentierte Diskussionsverweigerung vor. Warum kann nicht in aller Offenheit über Vor- und Nachteile einer anderen institutionellen Verbindung mit der EU als mit den bilateralen Verträgen, über den effektiven Stellenwert einer Neutralität im fundamental veränderten Umfeld, über eine realitätsbezogene Sicherheitspolitik ohne ideologische Scheuklappen diskutiert werden? Warum wird sofort mit der Keule des Euroturbo oder des Heimatverächters geschlagen, wer in diesen Bereichen kritische Fragen stellt oder andere Meinungen vertritt?

EINE ZUKUNFTSGERICHTETE Aussenpolitik muss dringend die Realität dieser Welt als Basis nehmen. Es obliegt (auch) den Parteien, dem Volk klaren Wein einzuschenken und die multiplen Abhängigkeiten der Schweiz mit ihren Konsequenzen bewusst zu machen. Zudem gilt es, (alte) «Weisheiten» in Erinnerung zu rufen: Jede aussenpolitische Option weist Chancen und Risiken auf,

auch das «Abseitsstehen» oder der sogenannte Bilateralismus, über die es schonungslos zu diskutieren gilt. Welches sind die zu verfolgenden Ziele und welches die zielführenden Mittel? Ist die Sicherheit des Volkes das Ziel oder die nicht hinterfragte Neutralität? Ein gesunder Finanzplatz oder eine bestimmte Ausprägung des Bankgeheimnisses?

Die Schweiz darf es nie so weit kommen lassen, dass sie in wichtigen Fragen allein dasteht.

DIE VERFOLGUNG EIGENER Interessen und Werte muss frühzeitig und dynamisch erfolgen, sie braucht ausländische Partner mit gleichgerichteten Interessen, Kooperationen, internationale Präsenz, Einsitznahme in Gremien, wo (auch) über schweizerische Anliegen entschieden wird. Die Schweiz darf es nie so weit kommen lassen, dass sie in elementaren Fragen allein dasteht oder sich gar an Wand drücken lässt.

NIMMT DIE GLAUBWÜRDIGKEIT der Schweiz ab und die Marginalisierung zu, so wird es in einer globalisierten Welt immer schwieriger, eigene Lösungen durchzusetzen. Verhängnisvoll erscheint es, wenn Probleme, die früher oder später auf die Schweiz zukommen, vorerst verdrängt werden (weil nicht sein kann, was nicht sein darf), wie dies etwa bei den nachrichtenlosen Vermögen und beim Bankgeheimnis der Fall war. (Nur) «der Starke ist am mächtigsten allein ... Verbunden werden auch die Schwachen mächtig» (Schiller, Wilhelm Tell).

* **René Rhinow**, 69, Seltisberg, emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, war Ständerat des Kantons Baselland und Präsident des Schweizerischen Roten Kreuzes.

Kommentar

von Anna Wanner



Liechtenstein soll das Veto des Fürsten abschaffen

Nicht erpressen lassen

■ Das Fürstentum Liechtenstein ist aus staatstheoretischer Sicht eine Monarchie. Der Fürst ist der Souverän. Er hat das letzte Wort und kann sowohl bei der Gesetzgebung im Parlament als auch bei Volksabstimmungen sein Veto einlegen.

Der Fürst hält sich zwar mit seinen Vetos zurück. Aber er mischt sich ein, gibt Wahlempfehlungen ab. Die Liechtensteiner scheinen das zu goutieren, solange er ihnen nicht vorschreibt, wie sie abstimmen sollen. Dann ärgern sie sich. Im letzten Sommer kam es deswegen zum Eklat. Der Fürst drohte einen Monat vor der Abstimmung über das Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch mit seinem Veto. Der Urnengang verkam zur Farce.

Eine Volksinitiative will nun die Verfassung ändern und das Volk zum Souverän erklären. Das Fürstenhaus wehrt sich. Die Forderung nach mehr Demokratie wird zu einer Fürst-ja-oder-nein-Frage hochstilisiert: Entweder wollt ihr mich ganz oder gar nicht, so die Botschaft des Staatsoberhauptes. Und die Drohkulisse könnte wirken. Das Volk hängt an seinem Monarchen. Nicht zuletzt dank des verklärten Glaubens, er habe dem Land Wohlstand und Stabilität gebracht.

Die Alles-oder-nichts-Prämisse ist eine emotionale Erpressung. Die Liechtensteiner sollen sich davon nicht beeindruckt lassen. Denn auf die Privilegien, die der Fürst in seinem Ländle genießt, wird er wohl nicht verzichten wollen.

anna.wanner@azmedien.ch